



„Eine Stunde pro Woche länger arbeiten“

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) plädiert für mehr gemeinsame Leistung



„Der allgemeine Rechtsanspruch auf Teilzeit muss überdacht werden“: Michael Kretschmer (CDU), Ministerpräsident von Sachsen.

FOTO: ROBERT MICHAEL/DPA

Herr Kretschmer, wie schätzen Sie aktuell den Rückhalt in der Bevölkerung für die Ukraine-Unterstützung ein?

Die große Mehrheit im Land will, dass die Flüchtlinge aus der Ukraine unterstützt werden. Doch sie sehen auch, dass die Integration in den Arbeitsmarkt nicht gut funktioniert. Viele Ukrainer, die gekommen sind, wollten sofort nach Ankunft arbeiten. Doch wir haben es mit unseren Regeln geschafft, dass dieser Wunsch gewadministriert wurde.

Was meinen Sie? Ukrainerinnen und Ukrainer dürfen arbeiten.

Wir setzen die falschen Anreize. In den meisten europäischen Ländern ist klar, dass jeder arbeiten muss, um den Lebensunterhalt zu erbringen – in Deutschland allerdings nicht. Viele Ukrainer verwundert schon, dass ihnen in den Jobcentern und Arbeitsagenturen gesagt wird, es sei in Ordnung, dass sie erst mal Bürgergeld beziehen und Sprachkurse machen und sich später

Arbeit suchen.

Was muss sich ändern?

Gerade mit Blick auf das neue Fachkräftezuwanderungsgesetz gesehen, sollte der Standard üblich sein, Sprach- und Integrationskurse neben einer Beschäftigung zu absolvieren. Integrationsbegleiter könnten sie dabei beraten und unterstützen.

2024 finden in drei ostdeutschen Bundesländern Wahlen statt. Welche Themen werden eine entscheidende Rolle spielen?

Am 1. September 2024 geht es um Sachsen. Es gibt viel zu tun in unserem Land. Bildung, Sicherheit, soziale Sicherung und wirtschaftliche Entwicklungen. Darüber möchte ich mit den Menschen sprechen. Die Landratswahl im thüringischen

Sollte Friedrich Merz der Kanzlerkandidat der Union werden?

Ja. Friedrich Merz ist ein hervorragender Partei- und Fraktionschef.

Er hat die Partei wieder geeint.

”

Alle Anreize zur Frühverrentung müssen jetzt abgeschafft werden.

Sonneberg wurde durch Themen wie Asyl, Energie und Krieg dominiert, obwohl die kommunale Ebene darauf keinen Einfluss hat. Die chaotische Regierungspolitik der Ampel überlagert im Moment alles.

Wäre es für Ihren Landtagswahlkampf hilfreich, wenn Friedrich Merz schon früh als Kanzlerkandidat feststeht?

Wir haben uns darauf geeinigt, die Frage der Kanzlerkandidatur im Sommer 2024 zu klären.

Führende CDU-Leute fordern eine Kopplung des Renteneintrittsalters



an die Lebenserwartung. Gehen Sie mit oder befürchten Sie Protest in der Bevölkerung?

Wenn wir die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung in der Zeit des demografischen Wandels stabilisieren wollen, müssen wir mehr leisten und länger arbeiten. Die Arbeitsstunden sind in Deutschland die niedrigsten im Vergleich zu anderen OECD-Ländern.

Und wie?

Alle Anreize zur Frühverrentung müssen jetzt abgeschafft werden. Es passt gar nicht zusammen, dass es in Deutschland immer noch Regelungen zur Rente mit 63 beziehungsweise 65 gibt, wir aber gleichzeitig wegen des Personalmangels Fachkräfte aus dem Ausland holen müssen. Bei der Wochenarbeitszeit gibt es ebenfalls Handlungsbedarf.

Was stellen Sie sich vor?

Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle. Mehr Anreize für längeres

Arbeiten über die Rente hinaus. Würde jeder Erwerbstätige in Deutschland nur eine Stunde pro Woche länger arbeiten, würde sich ein großes Potenzial für die Bekämpfung des Fachkräftemangels ergeben. Laut OECD entsprechen dies annähernd 1,8 Millionen zusätzlichen Arbeits- und Fachkräften. Auch das Teilzeit- und Befristungsgesetz passt nicht in die Zeit. Natürlich sollte es weiterhin Teilzeitmodelle geben, aber der allgemeine Rechtsanspruch auf Teilzeit muss überdacht werden und sollte auf wichtige Bereiche wie zum Beispiel die Pflege von Angehörigen beschränkt sein.

Viele jüngere Menschen wollen aber nicht mehr arbeiten, sondern weniger, zum Beispiel in Form einer 4-Tage-Woche.

Die Debatte um die 4-Tage-Woche verläuft völlig falsch, weil sie die Lebenswirklichkeit vieler Menschen

nicht trifft. Es sind die mit einem hohen Einkommen und mit sicheren Jobs, die in Teilzeit wechseln wollen. Personen mit einem kleinen Einkommen müssen häufig noch einen zweiten Job annehmen. Ich halte es für wichtig, dass allen klar wird, was wir in den kommenden Jahren gemeinsam leisten müssen.

Wenn Sie mehr Arbeitszeit fordern, muss dann auch der Mindestlohn auf 14 Euro steigen?

Populismus bei der Lohnpolitik führt zu Inflation. Und Inflation wirkt extrem sozial ungerecht, weil es die kleinen Einkommen besonders trifft. Der aktuelle Mindestlohn entspricht genau der EU-Mindestlohnrichtlinie. Was wir in Deutschland wirklich dringend tun müssen, ist, die Abgaben auf Arbeit zu senken, damit die kleinen Einkommen mehr Netto vom Brutto haben.

*Interview: Eva Quadbeck
und Alisha Mendgen*

Ebenfalls erschienen in: Kölner Stadt-Anzeiger Köln.